



HESSISCHER LANDTAG

03. 07. 2024

Kleine Anfrage

Klaus Gagel (AfD), Olaf Schwaier (AfD) und Andreas Lichert (AfD) vom 19.04.2024**Dekarbonisierung durch Deindustrialisierung: Wie gefährlich ist die Klimapolitik für Hessens Wirtschaft?****und**

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

Vorbemerkung Fragesteller:

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) kritisiert in ihrer Pressemitteilung vom 19. März Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck dafür, den vom Umweltbundesamt jüngst prognostizierten Rückgang der CO₂-Emissionen in Deutschland, als Erfolg zu betrachten. Es wird betont, dass die Hauptgründe für diesen Rückgang die verringerte Wirtschaftstätigkeit und die Abwanderung von Teilen der Industrie sind. Dekarbonisierung durch Deindustrialisierung sei der falsche Weg. Stattdessen wird eine Energie- und Klimapolitik gefordert, welche die Industrie im Land hält und Investitionen am Heimatstandort fördert. Deutschland braucht konkurrenzfähige Strompreise und eine zuverlässige Stromversorgung.

Vorbemerkung Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Das Umweltbundesamt, auf dessen Bericht die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände in ihrer Pressemitteilung Bezug nimmt, verweist darauf, dass die vorliegenden Emissionsdaten für das Jahr 2023 eine gegenwärtig bestmögliche Berechnung darstellen und insbesondere aufgrund der zu diesem Zeitpunkt nur begrenzt vorliegenden statistischen Berechnungsgrundlagen mit entsprechenden Unsicherheiten verbunden sind.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat wie folgt:

Frage 1 Wie bewertet die Landesregierung die Warnung der VhU-Vorsitzenden bezüglich der Dekarbonisierung und der Notwendigkeit einer energie- und klimapolitischen Neuausrichtung, um die hessische Industrie im Land zu halten und Investitionen am Heimatstandort zu fördern?

Die Landesregierung unterstützt das Anliegen, die Energiekosten für die hessische Industrie zu senken und Investitionen in Hessen zu fördern.

Frage 2 Was unternimmt die Landesregierung, um zu verhindern, dass die politischen Vorgaben zur CO₂-Reduktion (k)ein Hemmschuh für das Wirtschaftswachstum in Hessen sind?

Gemeinsam mit den Sozialpartnern entwickelt die Landesregierung den Wirtschafts- und Industriestandort Hessen zukunftsfähig und begegnet damit auch den Herausforderungen der Dekarbonisierung. Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung in der Region sollen erhalten werden.

Frage 3 Welche konkreten Schritte unternimmt die Landesregierung, um für die hessische Wirtschaft konkurrenzfähige Strompreise zu gewährleisten?

Die Landesregierung teilt die Einschätzung der VhU, dass konkurrenzfähige Strompreise, ein schnellerer Netzausbau und eine sichere Stromversorgung durch wetterunabhängige Kapazitäten notwendige Bedingungen sind, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb um Investitionen attraktiv und konkurrenzfähig ist. Dies ist die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand Hessens mit seinen hochqualifizierten und gut bezahlten Arbeitsplätzen.

- Frage 4 Wie bewertet die Landesregierung die Effektivität der deutschen Dekarbonisierung, vor dem Hintergrund des Phänomens des Carbon Leakage, der Verlagerung von CO₂-Emissionen in Länder mit weniger Klima- und Umweltauflagen, was insgesamt zu steigenden CO₂-Emissionen führt?

Die deutsche Dekarbonisierung ist Teil des europäischen Vorgehens, auf der einen Seite durch den Emissionszertifikatehandel (European Emission Trading) den Treibhausgasausstoß zu verringern und andererseits durch das CO₂-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism „CBAM“) Firmen im internationalen Wettbewerb zu schützen. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit den europäischen Partnerländern und ist aus Sicht der Landesregierung geeignet, die europäischen Ziele und Verpflichtungen zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit einzuhalten.

- Frage 5 Wie beurteilt die Landesregierung das wirtschaftliche Risiko, das Deutschland und Hessen durch CO₂-Minderungsversprechen im Rahmen des Pariser Klima-Protokolls eingeht, insbesondere angesichts der steigenden CO₂-Emissionen globaler Wirtschaftskonkurrenten wie China und Indien?

Hessen zeichnet sich durch eine vielfältige industrielle Landschaft aus, die von mittelständischen Unternehmen bis hin zu globalen Größen reicht, und das in der Industriestrategie der Bundesregierung dargelegte Leitbild, Deutschland als starken Industriestandort in seiner ganzen Bandbreite zu bewahren, findet daher Zustimmung. Die Wohlstandsgenerierung und -teilhabe in Hessen hängen wesentlich von der Industrie ab, was die Bedeutung der Strategie für Hessen unterstreicht. Hessen bzw. Deutschland wird auch zukünftig den Wandel dynamisch und proaktiv gestalten, um Wachstum und Arbeitsplätze zu sichern.

- Frage 6 Wie bewertet die Landesregierung das potenzielle Sicherheitsrisiko, das sich aus der Abwanderung von Industrie in Nicht-EU-Länder und der daraus resultierenden verstärkten Abhängigkeit von importierten Technologien und Rohstoffen, insbesondere aus Ländern wie China, ergibt?

Die große Bedeutung Chinas als Absatzmarkt, als Produktionsstandort und als Beschaffungsmarkt für die deutsche und auch die hessische Wirtschaft, wird zunehmend kritischer gesehen. Dies zeigt sich u. a. in der im Juli 2023 von der Bundesregierung beschlossenen umfassenden China-Strategie. Mit dieser Strategie legt die Bundesregierung „einen Kompass für ihr Handeln vor“ und sieht darin China gleichzeitig als Partner, als Wettbewerber und als systemischen Rivalen. Dessen ungeachtet will die Landesregierung etwaige Abwanderung von hessischer und deutscher Industrie verhindern und ganz allgemein Abhängigkeiten verringern.

- Frage 7 Wie bewertet die Landesregierung die Abwanderung energieintensiver Industrien auf die langfristige wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstumspotenzial von Hessen?

Die Abwanderung energieintensiver Unternehmen könnte langfristig sicherlich negative Auswirkungen auf die Entwicklung und das Wachstumspotenzial Hessens haben. Dies soll verhindert werden. Dafür setzt sich die Landesregierung aktiv ein.

- Frage 8 Wie bewertet die Landesregierung die Eignung des Konzepts des Degrowth (Reduzierung des Wirtschaftswachstums im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit) als Modell für Hessen im Hinblick auf die Senkung des CO₂-Ausstoßes und das Erreichen der Pariser Klimaziele?

Die Forderung nach einer bewusst herbeigeführten „Schrumpfung“ der Wirtschaftsleistung (Verringerung des BIP) mit dem Ziel einer Senkung des CO₂-Ausstoßes unterstützt die Landesregierung nicht. Dies würde unmittelbar zu zahllosen gravierenden negativen Effekten führen, die sowohl für die hessische Wirtschaft, als auch für die hessische Bevölkerung, eine große Herausforderung darstellen würden und mit starken Wohlstandsverlusten verbunden wären.

- Frage 9 Welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um die Wiedereinführung von Kernkraftwerken zu fördern?

Keine.

- Frage 10 Warum verweigert sich die Landesregierung einem Einsatz auf Bundesratsebene zur Entfernung des Ziels der Klimaneutralität aus allen Ressorts, um die hessische Wirtschaft zu entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen?

Die Landesregierung bekennt sich im Rahmen der europäischen, bundesweiten und hessischen Vorgaben zu den geltenden und gesetzlich normierten Klimaschutzzielen. Daher wird sich die Landesregierung im Bundesrat nicht für die Entfernung dieser Ziele einsetzen.